



**Es fehlen:**

Renate Meis	Ahaus
Werner Menke	Velen
Fred Posny	Ahaus
Bernd Telgmann	Rhede

**Erledigung der Tagesordnung:**

Vorsitzender Tönnies eröffnet um 17.05 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung werden die Ausschussmitglieder Geukes, Martsch, Schröder und Spahn vom Vorsitzenden per Handschlag auf die folgende Formel verpflichtet:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle des Kreises erfüllen werde. So wahr mir Gott helfe.“

**A. Öffentlicher Teil****Punkt 1: Zielperspektiven für den Kreis Borken  
Vorlage: 0031/2005**

---

Berichterstatte: Herr Overmann

Herr Haßenkamp erläutert die Vorlage. Für den Zielbildungsprozess solle auf die in der Jugendhilfe gewachsenen Strukturen mit den Arbeitsgemeinschaften zur Jugendhilfeplanung und der Planungsbegleitgruppe zurückgegriffen werden. Bis Ende Februar werde eine abschließende Fassung der bislang nur als Entwurf vorliegenden Materialsammlung zur Verfügung stehen.

Vorsitzender Tönnies schlägt vor, die Materialsammlung nach Diskussion in den Arbeitsgemeinschaften zusammen mit deren Rückmeldungen in der Planungsbegleitgruppe zu diskutieren. Dort könne auch darüber befunden werden, ob und in welcher Form externe Experten zugezogen werden sollten.

Vorsitzender Tönnies lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

**Beschluss:** einstimmig

Der Kreisjugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung des Jugendamtes damit, Ziele zur Weiterentwicklung der Jugendhilfe für den Zeitraum 2004 bis 2009 zu ermitteln. Die Zielfindung erfolgt im Rahmen der bestehenden Kommunikationsstrukturen der Jugendhilfeplanung. Unter Einbeziehung der Planungsbegleitgruppe, der 3 Arbeitsgemeinschaften der freien Träger zur Jugendhilfeplanung sowie der Fachkräfte des Jugendamtes werden unter Berücksichtigung des aktuellen mittelfristigen Maßnahmenprogrammes die für den erweiterten Planungszeitraum anzustrebenden Ziele vereinbart.

---

**Punkt 2:       Maßnahmenprogramm 2005**  
**Vorlage: 0003/2005**

---

Berichterstatlerin:                               Frau Möllenbeck

Frau Möllenbeck legt die wesentlichen Inhalte des Maßnahmenprogrammes 2005 dar. Zu einer Anfrage von Frau Kerkhoff, für wie hilfreich sie die Vorgabe des Landesgesetzgebers halte, einen kommunalen Kinder- und Jugendförderplan zu erstellen, antwortet Frau Möllenbeck, die dort geforderten Ansätze seien für den Fachbereich nicht neu, formal müsse aber festgelegt werden, was unser Kinder- und Jugendförderplan beinhalte und ob Änderungen erforderlich sein. Hilfreich sei der Kinder- und Jugendförderplan v. a. für Kommunen, in denen die Angebote und Strukturen bisher nicht so umfangreich seien.

**Beschluss:**                               einstimmig

Der Kreisjugendhilfeausschuss verabschiedet das Maßnahmenprogramm 2005 und beauftragt die Verwaltung des Jugendamtes mit der Umsetzung der Maßnahmen.

---

**Punkt 3:       Rahmenkonzeption Offene Kinder- und Jugendarbeit**  
**Vorlage: 0020/2005**

---

Berichterstatler:                                 Herr Overmann

Nach der Vorstellung der Vorlage durch Herrn Overmann erklärt Frau Kerkhoff, die CDU-Fraktion werden dem Beschlussentwurf zustimmen, die für 2005 vorgenommene erneute Kürzung seitens des Landes halte sie jedoch für bedenklich.

**Beschluss:**                               einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss beschliesst, die pauschalisierte Bezuschussung der Betriebskosten bis zur Erstellung des kommunalen Kinder- Jugendförderplans (Januar 2006) weiterzuführen.

---

**Punkt 4:       Richtlinien zur Eltern- und Familienbildung**  
**Vorlage: 0021/2005**

---

Berichterstatler:                                 Herr Overmann

Herr Overmann begründet den Vorschlag, die Richtlinien zur Eltern- und Familienbildung zu entfristen, damit, dass sich diese sowohl inhaltlich als auch vom Finanzrahmen her außerordentlich bewährt hätten. Die vorgeschlagene Entfristung gebe den Trägern eine längerfristige Planungssicherheit.

**Beschluss:**                               einstimmig

Der Kreisjugendhilfeausschuss beschließt die Entfristung der Richtlinien zur Förderung der Eltern- und Familienbildung.

**Punkt 5: Konzepte zur Förderung der elterlichen Erziehungskompetenz**  
**Vorlage: 0022/2005**

---

Berichterstatter: Hans-J. Overmann

Herr Overmann erörtert die verschiedenen Instrumente zur Förderung der Elternkompetenz. Sie verfolgten zwar alle denselben Zweck, hätten aber unterschiedliche Zielgruppen:

- Elternwerkstätten richteten sich an die Eltern von Kindern im Vorschulalter.
- Im Eltern-Coaching werde mit Eltern von Kindern und Jugendlichen gearbeitet, die Hilfen zur Erziehung bezögen.
- Elternbriefe würden an die Eltern von Neugeborenen und dann fortlaufend bis zum 8. Lebensjahr des Kindes verschickt.

Mit diesem Katalog würden abgestufte, wirkungsvolle Instrumente zur Eltern-Information und präventiven Arbeit mit den Eltern geschaffen.

**Beschluss:** einstimmig

Der Kreisjugendhilfeausschuss nimmt die einleitenden Ausführungen zu den Konzepten zur Förderung der elterlichen Erziehungskompetenz zur Kenntnis.

**Punkt 5.1: Elternwerkstätten**  
**Vorlage: 0023/2005**

---

Berichterstatter: Hans-J. Overmann

Nach einer mehrjährigen Erprobungsphase von Elternwerkstätten in einigen Tageseinrichtungen für Kinder solle dieses Konzept nunmehr flächendeckend ausgeweitet werden, teilt Herr Overmann. Ziel sei es, im Laufe der nächsten Jahre jedem Träger von Tageseinrichtungen im Zuständigkeitsbereich des Fachbereichs eine Elternwerkstatt anbieten zu können. Aufgrund ihres Know-How kämen insbesondere die Erziehungsberatungsstellen als Kooperationspartner in Betracht.

**Beschluss:** einstimmig

Der Kreisjugendhilfeausschuss stimmt dem Konzept „Elternwerkstätten“ zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

**Punkt 5.2: Eltern-Coaching**

---

Berichterstatter: Hans-J. Overmann

Herr Overmann gibt einen Überblick über das Projekt „Eltern-Coaching“. Es sei noch nicht abgeschlossen, so dass derzeit erst ein Zwischenfazit gezogen werden könne. Im Laufe des Jahres werde die Evaluation zusammen mit Prof. Wolff erfolgen. In seinem Beisein würden die Ergebnisse dann im JHA präsentiert. Die bisherigen Ergebnisse würden als sehr positiv eingeschätzt. Den Zielen des Projektes sei man ein gutes Stück näher gekommen. Ab-

schließlich veranschaulicht Herr Overmann mit Folien (Anlage 1) über das Programm des bevorstehenden viertens Moduls exemplarisch die Inhalte des Projektes.

**Punkt 5.3: Elternbriefe**  
**Vorlage: 0024/2005**

---

Berichterstatter: Hans-J. Overmann

Auf eine Anfrage von Frau Seidensticker-Beining, wie bei der Weitergabe von Adressen der Datenschutz gewährleistet werde, antwortet Frau Schulze Hessing, die Erfahrungen anderer Jugendämter mit dem ANE seien durchweg positiv. Der ANE verpflichtet sich, die Adresse nur zum Versand von Elternbriefen zu verwenden. Mit dem Begrüßungsschreiben seitens des Fachbereichs werde neben Informationsmaterial über örtliche und regionale Angebote eine Abmeldekarte beigelegt, mit der die Eltern signalisieren könnten, dass sie keine Zusendung von Elternbriefen – und damit auch keine Weitergabe ihrer Adresse – wünschten.

**Beschluss:** einstimmig

Der Kreisjugendhilfeausschuss stimmt der Konzeption zum Versand von Elternbriefen zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

**Punkt 6: Anlauf- und Kontaktstelle Rhede**  
**Vorlage: 0025/2005**

---

Berichterstatter: Hans-J. Overmann

Frau Kerkhoff teilt mit, Frau Martsch, Frau Seidensticker-Beining und sie hätten die Gelegenheit genutzt, die OASE zu besichtigen und sich dort bei Frau Mnilk über ihre Arbeit zu informieren. Der Eindruck über die geleistete Arbeit sei sehr positiv. Der Standort OASE habe sich in den letzten Jahren sehr vorteilhaft entwickelt. Die Fortsetzung der Arbeit halte sie daher für sinnvoll. Ihr besonderer Dank gelte Frau Mnilk für ihr Engagement und die erzielten Ergebnisse sowie der Verwaltung für die Durchführung des Projektes OASE.

Frau Seidensticker-Beining und Frau Martsch schließen sich diesen Ausführungen an.

Auch Vorsitzender Tönnies spricht den Beteiligten seinen Dank aus.

**Beschluss:** einstimmig

Der Kreisjugendhilfeausschuss stimmt der Verlängerung der dreijährigen Projektphase des Teilprojektes OASE im Rahmen der Anlauf- und Kontaktstelle Rhede um sieben Monate bis zum 31.08.2005 zu.

**Punkt 7: Projekt Schulsozialarbeit**  
**Vorlage: 0026/2005**

---

Berichterstatter: Hans-J. Overmann

Herr Overmann führt aus, mit dem Modellprojekt Schulsozialarbeit in Isselburg sei wegen der Anbindung an den ASD seinerzeit Neuland betreten worden.

Die Jugendhilfe habe der Stadt Isselburg das Angebot gemacht, die Stelle mitzufinanzieren und die Stadt habe dieses Angebot angenommen. Als Resümee schätze er dieses Modell als wirkungsvolles präventives Instrument ein, Problemlagen von Schülerinnen und Schülern frühzeitig zu erkennen und anzugehen. Die Anbindung an den ASD führe zu einem Qualitätssprung und zum Abbau von Schnittstellen. Als besonders wichtig, v. a. für die Akzeptanz bei den Schülerinnen und Schülern, habe sich herausgestellt, dass die Schulsozialarbeiterin nicht der Weisungsbefugnis des Rektors unterlegen habe und damit nicht als „verlängerter Disziplinararm“ in Erscheinung getreten sei. Nunmehr sei der Beweis geführt worden, dass sich dieses Modell auch für die Schule positiv auswirke. Die Schulaufsicht unterstütze das Projekt trotz abweichender Rechtsauffassungen. Der JHA habe jetzt die Entscheidung zu treffen, ob dieses Modell auch anderen Schulträgern angeboten werde. Bei der eingeplanten Summe von 20.000 € für 2005 werde davon ausgegangen, dass nach den Sommerferien an bis zu vier Schulen mit Schulsozialarbeit begonnen werden könne.

Frau Kerkhoff für die CDU und Frau Seidensticker-Beining für die SPD erklären, dass sie den Beschluss-Entwurf begrüßen und unterstützen würden.

Frau Spieker-Kuhmann und Herr Huesmann werfen die Frage auf, ob mit der Zugrundelegung des „Modells Isselburg“ ein Präjudiz für die Ansiedlung von Schulsozialarbeit beim öffentlichen Träger der Jugendhilfe geschaffen werde.

Herr Haßenkamp erläutert, Grundlage seien die bereits 1998 vorgestellten „Konzeptionellen Überlegungen und Handlungsempfehlungen zur Schulsozialarbeit“ (diesem Protokoll als Anlage 2 beigefügt). Kernaussagen seien folgende:

- Die Schulsozialarbeit müsse bei der Jugendhilfe angesiedelt sein.
- Schule und Schulleitung müssten das Konzept mittragen.
- Der Schulträger müsse das Konzept und die anteilige Finanzierung mittragen.

Nicht festgelegt sei, ob die Schulsozialarbeit beim öffentlichen oder bei einem freien Träger der Jugendhilfe angesiedelt werde, auch wenn er die Anbindung beim öffentlichen Träger präferiere. In der heutigen Sitzung sei aber zunächst die Grundsatzentscheidung über das weitere Vorgehen zu treffen.

Herr Geukes teilt mit, der Isselburger Ausschuss für Jugend, Schule, Kultur und Sport habe einstimmig beschlossen, die Fortführung der Isselburger Schulsozialarbeit zu unterstützen. Auch aus Sicht des Lehrerkollegiums der Isselburger Hauptschule könne er dies nur unterstützen.

Vorsitzender Tönnies lässt über den Beschluss-Entwurf abstimmen.

**Beschluss:** einstimmig

1. Der Jugendhilfeausschuss sieht Schulsozialarbeit nach dem „Modell Isselburg“ als wirksames präventives Instrument an, die Kosten der Jugendhilfe, insbesondere im Bereich der erzieherischen Hilfen, zu beeinflussen.
2. Er spricht sich deshalb dafür aus, den Schulträgern von Hauptschulen im Zuständigkeitsbereich des Fachbereiches Jugend und Familie das Angebot zu unterbreiten, im Rahmen zur Verfügung stehender Mittel bei der Jugendhilfe angebundene Schulsozialarbeiter/innen zur Hälfte nach Maßgabe der Alternative 3 mitzufinanzieren.



Vorsitzender Tönnies lässt jeweils über die Anträge abstimmen. Die einzelnen Anträge sind mit ihren Abstimmungsergebnissen in der anliegenden Aufstellung (Anlage 3) dargestellt.

Zum Haushaltsplanentwurf ruft Vorsitzender Tönnies die einzelnen Produktgruppen auf und bittet um Wortmeldungen.

Zum Anstieg der Leistungen nach § 19 SGB VIII (Mutter-Kind-Einrichtungen) (PG 02.3.3) erkundigt sich Frau Pohl, ob es Alternativen dazu gebe. Herr Overmann antwortet, eine Unterbringung in solch einer Einrichtung erfolge nur dann, wenn sich nach intensiver Recherche herausstelle, dass es keine gangbare Alternative gebe. Im Übrigen werde in der Planung nicht von einer Vielzahl von Fällen ausgegangen; mit den im Ansatz verplanten Mitteln könnten durchschnittlich 2,5 Unterbringungen finanziert werden.

Herr Tönnies schlägt in diesem Zusammenhang vor, mit dem JHA eine Mutter-Kind-Einrichtung zu besuchen.

Frau Seidensticker-Beining erkundigt sich nach den Hintergründen der in die PG 02.4.1 eingestellten Zuführung zur Rückstellung in Höhe von 127.000 €. Herr Venhues führt aus, diese Rückstellung sei zum Jahresabschluss 2003 gebildet worden. Ein Teil des 2003 erwirtschafteten Überschusses sei dorthin geflossen und werde nun zur Deckung des Defizits im Jahresergebnis 2004 verwandt. Da der in der Rückstellung vorhandene Betrag zur Defizitabdeckung nicht ausreiche, müssten ihr 127.000 € zugeführt werden. Er räumt ein, dass die Begriffswahl missverständlich sei, da es sich nicht um eine Ersparnis, sondern um einen Defizitausgleich handele.

Frau Spieker-Kuhmann erklärt, B'90/Die Grünen seien mit dem Budgetentwurf einverstanden.

Vorsitzender Tönnies lässt über den Beschlussentwurf einschließlich der im Rahmen der Fraktionsanträge beschlossenen Änderungen abstimmen.

**Beschluss:**

11	Ja-Stimmen
4	Enthaltungen

Der Kreisjugendhilfeausschuss empfiehlt dem Kreistag, den Haushaltsplan 2005 – Budget 02 – Jugend und Familie – in der vorliegenden Fassung einschließlich der soeben beschlossenen Änderungen zu verabschieden.

---

## **Punkt 9:        Mitteilungen der Verwaltung**

Herr Haßenkamp teilt mit, die Ergebnisse der Bedarfserhebung für die Betreuung der Kinder unter drei Jahren würden in der JHA-Sitzung am 21.04.05 vorgestellt.



Das in einigen Städten und Gemeinden über die Presse verbreitete Ansinnen, durch Kooperationsvereinbarungen ein eigenes Jugendamt zu bilden, sei rechtlich nicht zulässig. Möglich seien Kooperationen zwischen Jugendämtern, nicht aber Kooperationen zur Bildung eines Jugendamtes.

Herr Tönnies ergänzt, er halte es in Zeiten, in denen allein schon wegen des Finanzdruckes Konsolidierungsbestrebungen erforderlich seien, für unsinnig, zusätzliche Jugendämter bilden zu wollen. Er bitte die JHA-Mitglieder, entsprechenden Bestrebungen vor Ort entgegenzuwirken.

Herr Overmann weist auf den im Auftrag der Bundesregierung erstellten Familienatlas hin. Der Familienatlas steht im Internet unter folgenden Fundstellen zur Verfügung:

*[www.bmfsfj.de/Kategorien/Publikationen](http://www.bmfsfj.de/Kategorien/Publikationen)*

*[www.prognos.com/familienatlas](http://www.prognos.com/familienatlas)*

Schließlich teilt er mit, dass für die Gemeinsame Adoptionsvermittlungsstelle zwischen dem Kreis und den Städten Ahaus, Borken und Gronau jetzt die erforderlichen Genehmigungen vorlägen. Sie werde am 28.02.05 offiziell in Betrieb genommen.

---

**Punkt 10: Anfragen**

keine

**Ende des öffentlichen Teils**